

Schmiergeld im pakistanischen Getriebe

Pakistans Ex-Präsident Farooq Leghari hat in seiner Amtszeit (1993 bis 1997) sowohl Premierministerin Benazir Bhutto als auch ihren Nachfolger Nawaz Sharif erlebt. Beide stehen unter Korruptionsverdacht.

Mit Farooq Leghari sprach Waseem Hussein in Lahore

Welche Bedeutung hat Geld für Benazir Bhutto und den amtierenden Premier Nawaz Sharif?

Sie beten es an wie einen Gott. Sie sind habssüchtig und gierig.

Wie hat sich das bei Benazir Bhutto bemerkbar gemacht?

Wann immer ein lukratives Staatsgeschäft anstand, nahm sie das Dossier mit nach Hause. Dort empfing sie, zusammen mit ihrem Ehemann, die am Geschäft beteiligten Unternehmer und handelte mit diesen aus, wieviel «Bearbeitungsgebühr» zu bezahlen sei. Die Treffen hatten einen offiziellen Anstrich, denn die Residenz der Premierministerin gehört der Regierung. War die Abmachung besiegelt, trat Benazir vor die Wirtschaftskommission ihres Kabinetts und stellte die Mitglieder vor vollendete Tatsachen. Sehr selten leistete ihr jemand Widerstand.

Rückblickend hat man den Eindruck, dass Benazir Bhutto, die sich mindestens 100 Millionen Dollar im Amt erschleichen hat, nicht von Beginn weg korrupt war. Oder ist ihre Eigen-PR einfach gut?

Jahrelang war ich einer ihrer engsten Vertrauten. In der Politik sind wir gemeinsam gross geworden. Als sich die Armeediktatur 1988 dem Ende zuneigte, bauten ich und unsere Partei, die PPP, Benazir als künftige demokratische Hoffnungsträgerin auf. Damals besass sie hohe moralische Ansprüche und viel Idealismus. Als sie 1988 das erste Mal Premierministerin wurde, ernannte sie mich zum Wasser- und Energieminister. Schon ein Jahr nach ihrem Amtsantritt bekam ich unschöne Gerüchte über sie zu hören – von Ministern, Parlamentariern und Beamten, überall hiess es, unsere Regierung sei korrupt.

Stimmte das?

In Wahrheit war es zunächst ihr Ehemann Asif Zardari der hinter dem Geld her war. Man nannte ihn «Mister Ten Percents», weil er jedem, der ihm zehn

Prozent Kommission bezahlte, zur gewünschten Bewilligung oder zum Kredit einer staatseigenen Bank verhalf. Eine Zeitlang glaubte ich die Geschichten einfach nicht, weil ich mich Benazir verbunden fühlte. Aber weil die Korruption in aller Munde war, forderte ich Benazir auf, der Sache nachzugehen. Sie antwortete, es handle sich um Negativpropaganda ihrer Gegner; ihr Mann und sie hätten mit all dem nichts zu tun.

Haben Sie ihr immer noch geglaubt?

Nein. Aber ich wollte keine Regierungskrise provozieren, indem ich mich öffentlich von ihr distanzierte. Das hätte der noch jungen Demokratie in unserem Land geschadet. Ich riet Benazir: «Sag deinem Mann, er soll nach Karachi ziehen.» Sie antwortete: «Weisst du, was er für ein Schuft ist, wie er sich dort aufführen wird?» Ich sagte: «Dann schicke ihn halt nach London.» Und sie erwiderte: «Dort macht er alles nur noch schlimmer.» Ich musste bald feststellen, dass sie ihrem Ehemann in nichts mehr nachstand.

Nennen Sie bitte ein konkretes Beispiel, wo die beiden sich an Staatsgeschäften bereichert haben.

Nehmen Sie die Berufung des Direktors der Elektrizitätswerke von Karachi. Benazir wollte unbedingt ihren Familienfreund Tanzeem Naqvi auf den Posten heben. Der Ruf des Mannes stank zum Himmel. Darum riet ich Benazir ab. Mit so einer korrupten Person, sagte ich, könne ich als Wasser- und Energieminister unmöglich zusammenarbeiten.

Trotzdem wurde Tanzeem Naqvi Direktor der Elektrizitätswerke.

Ja, später erfuhr ich den wahren Grund: Die Asiatische Entwicklungsbank hatte für fällige Reparaturen an den Elektrizitätswerken von Karachi einen Kredit über 400 Millionen US-Dollar gesprochen. Benazir schaltete eine Beratungsfirma dazwischen, die dafür sorgte, dass sie und ihr Mann zehn Prozent und der Direktor und die Berater einen kleineren Anteil bekamen. Was übrigblieb, wurde für die Reparaturen verwendet.

Bald darauf wurde Benazir Bhutto wegen Misswirtschaft und Korruption abgesetzt. Drei Jahre später aber wurde sie erneut zur Premierministerin gewählt, und Sie selbst, Farooq Leghari, wurden Präsident. Hatte sich Benazir Bhutto inzwischen gebessert?

Kurz bevor wir zum zweiten Mal gewählt wurden, gestand sie mir unter vier Augen ihre Fehler ein und versprach, Gleiches werde nicht wieder vorkommen. Aber schon acht Monate später ging alles von vorne los. Wieder gingen Geschäftsleute in Benazirs Residenz ein und



Farooq Leghari war einst ein Busenfreund von Benazir Bhutto.

BILD MUZAMMIL PASHA/REUTERS

aus. Alle Welt redete darüber. Wieder sprach ich sie darauf an, doch sie meinte nur: «Wo sind die Beweise?» Als ich die Beweise zusammenhatte, setzte ich sie kraft meines Amtes ab. Das war im November 1996.

Konnten Sie ihr auch nachweisen, dass sie und ihr Ehemann Schmiergeldzahlungen von den Schweizer Firmen SGS und Cotecna angenommen hatten?

Als ich Benazir als Premierministerin absetzte, bestand nur der Verdacht, inzwischen liegen Beweise vor.

Auf Benazir Bhutto folgte Nawaz Sharif als Premier. Was wissen Sie über ihn?

Nawaz Sharif ist ein Mafioso – ein Träumer. Die neue, aber völlig unnütze Autobahn zwischen Lahore und Islamabad liess er nur bauen, weil er seit seiner Kindheit davon träumt, in einem teuren Mercedes mit 210 Stundenkilometern über die Strasse zu rasen. Aber er hat nicht die leiseste Ahnung, welches die Bedürfnisse des Volkes sind.

Sie haben kürzlich an einer Pressekonferenz angedeutet, Sie hätten Beweise für die korrupten Machenschaften von Premierminister Nawaz Sharif. Was können Sie ihm nachweisen?

An den grossen Bauprojekten wie der genannten Autobahn zwischen Lahore und Islamabad, der Lahorer Umfahrringstrasse oder den Flughäfen von Lahore und Islamabad verdingte Nawaz Sharif kräftig mit. Er steckte Kommissionen ein oder liess ein Budget erstellen, das weit über den wirklichen Kosten liegt – die Differenz behält er für sich. Oder nehmen Sie seine Importgeschäfte. Seine Firma Ittefaq führt Maschinen und Bestandteile ein. Auf der Zolldeklaration aber steht, es handle sich dabei um billiges Almetall, so dass Nawaz Sharif nur wenig Einfuhrzoll bezahlen muss. Seine Firma verkauft die Maschinen dann unter dem eigenen, teuren Markennamen.

Benazir Bhutto und ihr Ehemann haben ihr illegal erworbenes Geld im Ausland versteckt. Wo hat Nawaz Sharif seines?

Auch sein Geld liegt primär auf ausländischen Bankkonten. Tarnfirmen, die ihm gehören, figurieren als Kontoinhaber.

Nochmals: Das können Sie beweisen?

Als Benazir noch im Amt war, setzte sie einen Beamten der pakistanischen Bundespolizei (FIA) darauf an, solche Beweise zu beschaffen. Der Beamte fand zum Beispiel ein Bankkonto in den USA, das einer amerikanischen Firma gehörte, die auf den Namen Nawaz Sharif eingetragen war. Auf dem Konto lagen 800 Millionen Dollar. Wir wissen auch von Fällen von Geldwäscherei in der Schweiz, in die Nawaz Sharif verwickelt ist.

Wieso legen Sie diese Beweise keinem Gericht vor?

Benazir Bhutto und Nawaz Sharif haben Pakistan an den Rand einer politischen und wirtschaftlichen Katastrophe geführt. Die Lage ist gespannt. Ginge ich nun gegen Nawaz Sharif vor, würde Pakistan destabilisiert. Diese Verantwortung kann ich nicht übernehmen. Ausserdem sieht es danach aus, dass Nawaz Sharif sowieso nicht mehr lange im Amt ist. Er hat den Bogen überspannt.

Wien will die EU-Asylpolitik auf neue Beine stellen

Ein EU-Strategiepapier fordert einen neuen Status für Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten. Kritiker sehen darin einen «skandalösen Anschlag» auf die Genfer Konvention.

Von Luciano Ferrari, Brüssel

Österreich, das gegenwärtig die EU-Präsidentschaft innehat, sorgt in Brüssel derzeit für heftige Aufregung. Ein «Strategiepapier zur Migrations- und Asylpolitik» schlägt immer höhere Wellen. Am Mittwoch kritisierten Vertreter des Uno-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) und des Europäischen Flüchtlingsrates (ECRE) die darin enthaltenen Vorschläge als «besorgniserregend» sowie als «falsch und gefährlich».

Das Papier zielt auf eine weitgehende Harmonisierung der EU-Einwanderungs- und -Asylpolitik ab, wie sie im neuen Amsterdamer Vertrag der Gemeinschaft vorgesehen ist. Trotz wiederholten Anläufen, so die Analyse, hätten es die 15 EU-Staaten bisher nicht geschafft, eine einheitliche und wirksame Migrationspolitik zu entwickeln.

Dabei ist die Situation akut: «Weltweit geht der Aufwand für die Entwicklungshilfe zurück und versinken weite Teile der Welt in Armut», stellt der Bericht fest. «Für die Migration in Richtung der reichen, insbesondere westeuropäischen Staaten bedeutet dies, dass das Gesamtvolumen der Zuwanderung weiterhin über 1,5 Millionen Zuwanderer jährlich beträgt, wobei sich der Anteil der illegalen Migranten deutlich erhöht hat.»

Verringerung des Migrationsdrucks

Ausgehend von dieser Analyse schlägt das Strategiepapier vor, dass die EU künftig ihr ganzes politisches und wirtschaftliches Gewicht dafür einsetzt, den

Migrationsdruck in den Herkunftsländern zu verringern. Richtig brisant wird es jedoch dort, wo ein «neuer Flüchtlingsschutz» angeregt wird. Die österreichische Präsidentschaft zieht Lehren aus dem Bosnien-Konflikt: In Folge dieses Bürgerkriegs sahen sich Länder wie Deutschland, Österreich oder die Schweiz mit einer grossen Zahl von Flüchtlingen konfrontiert. Diese erfüllen die Voraussetzungen für ein Asylrecht gemäss den Grundsätzen der Genfer Konvention nicht.

Die Konvention schreibt vor, dass ein Bewerber nachweisen muss, dass er persönlich, individuell und gezielt verfolgt wird. Im Falle von Bürgerkriegsopfern trifft dies meist nicht zu, weil sie oft als Mitglieder einer ethnischen Gruppe verfolgt werden und es nahezu unmöglich ist, eine konkrete individuelle Bedrohung nachzuweisen. Obwohl die bosnischen Bürgerkriegsopfer folglich kein Asylrecht erhielten, konnten sie nicht einfach in ihre Heimat abgeschoben werden. Fazit des österreichischen Strategiepapiers: Diese Situation hat das Asylwesen in

Europa völlig überlastet und es selbst für jene lahmgelegt, die einen berechtigten Anspruch erheben konnten.

Aufnahmeangebot statt Asylrecht

Abhilfe würden die Einführung eines neuen, ergänzenden Flüchtlingsstatus bringen und das «Konzept der vorübergehenden Aufnahme», so das Papier weiter. Dabei sollen sich Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten künftig nicht mehr auf ein Asylrecht, sondern auf ein «politisches Aufnahmeangebot» von potentiellen Schutzstaaten berufen müssen. Das hätte für die Flüchtlinge den Vorteil, dass sie keine individuelle Bedrohung mehr nachweisen müssten.

Die Aufnahmestaaten ihrerseits könnten sehr viel flexibler als heute reagieren und zudem schon vorab ein Quotensystem vereinbaren, das eine solidarische Zuteilung der Schutzsuchenden ermöglichen würde. «Eine solche Neuorientierung der Asylpolitik kann aber nur auf der Basis einer Konvention erfolgen, welche die Genfer Konvention ergänzt,

ändert oder ablöst», steht im Strategiepapier.

Hier setzt die Kritik der Gegner ein. Sie sehen in der vorgeschlagenen Änderung der Genfer Konvention den Versuch, das Asylrecht generell auszuhebeln. Das österreichische Innenministerium widerspricht dieser Auslegung und bietet an, die kritisierten Passagen klarer zu formulieren. Doch der Zweifel ist gesät.

Bern bekundet Interesse

In der Schweiz plant der Bundesrat, im neuen Asylgesetz mit dem Begriff des «Schutzbedürftigen» ebenfalls einen neuen Status für Bürgerkriegsflüchtlinge einzuführen. Für diese Gruppen wäre ein ordentliches Asylverfahren während der vorübergehenden Schutzgewährung ausgeschlossen. Im Bundesamt für Flüchtlinge zeigte man sich gegenüber dem TA interessiert an einer internationalen Regelung des neuen Begriffs. Die Genfer Konvention dürfe davon allerdings nicht tangiert werden.